

## Nationsbildung in der Ukrainischen Unionsrepublik (1922-1939)

Von Karl-Heinz Gräfe

### Neuer Zyklus politischer sozialer und nationaler Revolutionen im 20. Jahrhundert

Im Zyklus der bürgerlich-demokratischen Revolutionen vom 16. bis 19. Jahrhundert setzten sich die kapitalistische ökonomische Gesellschaftsformation und das bürgerliche Herrschaftssystem zumeist in Gestalt von Nationalstaaten in Europa und Nordamerika durch.<sup>1</sup> Die Große Revolution der Franzosen 1789-1794 spielte dabei eine entscheidende Rolle. Doch schon ein Jahrhundert danach erreichten die kapitalistischen Großmächte Europas, der USA Japans und teils auch Russlands eine neue Entwicklungsstufe ihrer Entwicklung - der Kapitalismus der freien Konkurrenz ging in das Stadium des Monopolkapitalismus über und wurde zum Imperialismus. Seine grundlegenden Merkmale nach Wladimir I. Lenin/Ulianow (1870-1924) sind:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und die Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis ‚dieses Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich aufteilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen ist beendet.“<sup>2</sup>

Der Weltkapitalismus *auf dieser neuen Stufe präsentierte sich Beginn des 20. Jahrhunderts als das vorherrschende Gesellschaftssystem* - ungeachtet seiner Vielgestaltigkeit, Besonderheiten und Übergangsstufen - in den folgenden Ländertypen:<sup>3</sup>

1. Die *entwickelten kapitalistischen Mächte* Großbritannien, Frankreich, Deutschland, USA, Japan mit kaum einem Zehntel der bewohnten Fläche der Erde (11,1 Mio. km<sup>2</sup>) und einem Sechstel der Weltbevölkerung (301 Mio. Einwohner).<sup>4</sup> Die Klasse des Finanz- und Industriekapitals und ihre staatlichen Herrschaftseliten der monarchistischen und republikanischen Großmächte überzogen die zumeist in vorkapitalistischen Gesellschaften

<sup>1</sup> Vgl. W. Markov/A. Soboul: Die Große Revolution der Franzosen, Berlin, 1973; Autorengemeinschaft u. Ltg. v. K. Holzapfel: Die Große Französische Revolution 1789 bis 1795, Berlin 1989; Ploetz: Die Französische Revolution, hrsg. v. R. Reichardt, Köln 1989; B. Jeschonek: Revolution in Frankreich 1789-1799. Ein Lexikon, Berlin 1989; Helmut Bock: 1789- Die Große Revolution der Franzosen. Freiheit ohne Gleichheit?, Pankower Vorträge, Heft 128, Berlin 2009 Berlin.

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1977, S. 189-399, hier S. 270-271; ders.: Materialien zur Revision des Parteiprogramms (April-Mai 1917), in: Werke, Bd. 24, Berlin 1974, S. 457-481.

<sup>3</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der Imperialismus, S. 258-262; V. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), in: Werke, Bd. 22, Berlin 1977, S. 144-159, hier S. 144 und 152-154.

<sup>4</sup> W. I. Lenin: Der Imperialismus, S. 262. Zu den alten und neuen Kolonialmächten gehörten u.a. auch Belgien, Italien, Holland, Portugal und Spanien.

lebenden Völker mit wirtschaftlichen Expansionen und militärischen Interventionen. Sie teilten sich deren Lebensgebiete zum großen Teil untereinander auf: Afrika zu 90,4%<sup>5</sup>, Polynesien zu 98,9%, Asien zu 56,6%, Amerika zu 27,2% und Australien vollständig.<sup>6</sup> Sie organisierten weltweit Absatzmärkte durch Warenexport, erschlossen Infrastruktur, bauten mittels Kapitalexport Unternehmen zur Ausplünderung der Naturreichtümer und brachten der Bevölkerung zusätzliche soziale und nationale Ausbeutung. Eroberung und Herrschaftssicherung erfolgten durch Armee, Polizei, Verwaltungen und christliche Missionare. Es handelt sich um koloniale Unterwerfungsaktionen, die bis hin zu Massenmord an einigen Völkern führten.

2. Die vor allem von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien und Belgien sowie den USA<sup>7</sup> und Japan *unterworfenen und unterdrückten Kolonialvölker* machten 1914 fast ein Drittel der Weltbevölkerung (471 Mio) auf der Hälfte der bewohnten Erdoberfläche (65,2 Mio. km<sup>2</sup>) aus.<sup>8</sup>

3. Zu den *von den imperialistischen Großmächten abhängigen (halbkolonialen) Ländern* gehörten u.a. Persien und China (14,5 Mio km<sup>2</sup> und 361,2 Mio Einwohnern)<sup>9</sup> sowie die die meisten Völker/Nationalitäten in der Habsburger Doppelmonarchie Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches (Türkei). Dazu zählten auch Lateinamerika<sup>10</sup> sowie der flächenmäßig größte Staat der Welt, das Russische Reich (von 170 Mio. Einwohnern lebten 33 Mio- unter kolonialen Verhältnissen). Russland gehörte zwar zu den imperialistischen Großmächten, war aber zunehmend in wirtschaftlich-finanzielle Abhängigkeit von Frankreich, Deutschland und Großbritanniens geraten.

<sup>5</sup> Zum imperialistischen Wettlauf der kolonialen Unterwerfung Afrikas vgl. Thomas Pakenham: Der kauernde Löwe. Die Kolonialisierung Afrikas 1876-1912, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1993.

<sup>6</sup> Vgl. A. Supan: Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien, 1906, S. 254, zitiert nach W. I. Lenin: Der Imperialismus, S. 258.

<sup>7</sup> Die Kolonialpolitik des US-Imperialismus trug spezifischen Charakter. Sie erfolgte unter der Losung „Amerika den Amerikanern“ (James Monroe), aber auch mit der rassistischen Doktrin von der Überlegenheit der angloamerikanischen weißen Rasse gegenüber den Ureinwohnern (Richard Olney) und des „Großen Knüppels“ (Theodore Roosevelt). Die USA führten um die Neuverteilung der Reste des spanischen Weltreiches Krieg gegen Spanien (1998), okkupierten Inseln in der Karibik (Kuba, Puerto Rico) und im Pazifik (Philippinen, Guam u.a.), Hawaii (1897) und intervenierten militärisch in Mittel- und Südamerika und schufen Marionettenregierungen (u.a. in Panama).

<sup>8</sup> Ohne das teilweise von europäischen Großmächten abhängige Russland mit seinen inneren Kolonialgebieten (22,8 Millionen km<sup>2</sup> und 169,4 Mio. Einwohner, davon 33 Mio Einwohner kolonial unterdrückt). Über den größten Kolonialbesitz verfügte 1914 England (33,5 Mio. km<sup>2</sup> und 393,5 Einwohner), gefolgt von Frankreich (10,5 Mio. km<sup>2</sup> und 55,5 Mio. Einwohnern), Deutschland (2,9 Mio. km<sup>2</sup> und 12,3 Mio Einwohner), Japan (0,3 Mio. km<sup>2</sup> und 19,2 Mio. Einwohner) und den USA (0,3 Mio. km<sup>2</sup> und 9,7 Mio Einwohnern). Vgl. W.I. Lenin: Der Imperialismus, S. 252.

<sup>9</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der Imperialismus, S. 262. „Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern - die Kolonien besitzende und die Kolonien selber -, sondern auch die verschiedenen Formen der abhängigen Länder, die politisch formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind.“ Vgl. ebenda, S. 267.

<sup>10</sup> Ein Musterbeispiel für ein halbkoloniales bzw. abhängiges Land war *Argentinien*. Vgl. W. I. Lenin: Der Imperialismus, S. 267. Schulze-Gaevernitz belegt: „Das südliche Amerika, insbesondere Argentinien, befindet sich in einer solchen finanziellen Abhängigkeit von London, dass es fast als englische Handelskolonie zu bezeichnen ist.“ (Schulze-Gaevernitz: Britische Imperialismus und englischer Freihandel zur Beginn des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1900, S. 318.)

Die *veränderte Weltlage führte bereits ein Jahrhundert nach der Großen Französischen Revolution zu neuartigen gesellschaftlichen Krisen, zu sozialen Konflikten innerhalb der mehr oder weniger stark industrialisierten kapitalistischen Länder (Pariser Kommune 1871)<sup>11</sup> und zu nationalen Freiheitsbewegungen (Unabhängigkeit Norwegens von Schweden 1905, Irischer Aufstand 1916). Weit aus größer waren jedoch die Gegensätze zwischen den weltbeherrschenden kapitalistisch-imperialistischen Hauptmächten und den von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten kolonialen und abhängigen (halbkolonialen) Völkern und Staaten. Daraus erklärt sich der Beginn eines völlig neuen Zyklus von antiimperialistischen Volksrevolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts an den Übergangsstellen von Zentrum und Peripherie des Weltkapitalismus: Vorboten waren die neuartigen Revolutionen in Russland (1905-1907), China (1906/1911-1913), Persien (1905-1911), im Osmanischen Reich/Türkei (1908/1909) und in Mexiko 1909-1917).<sup>12</sup> Aber erst der globale Völkermordkrieg 1914-1918 löste die bisher größte antiimperialistische Revolutionswelle mit unterschiedlicher Stoßrichtung aus - pazifistisch, antikolonial, antifeudal, nationalbürgerlich, antikapitalistisch und sozialistisch. Sie erreichte ihren Höhepunkt in den Volksrevolutionen in Russland 1917-1922, Österreich 1918, Ungarn Oktober 1918 - August 1919 (Astern- und Räterevolution), Deutschland 1918-1923 (Novemberrevolution 1918, Räterepubliken in München, Augsburg, Fürth, Würzburg, Bremen, Braunschweig, Mannheim), Tschechoslowakei (Slowakische Räterepublik um Prešov 16. -30. Juni 1919, Rätebewegung im tschechischen Bergbauggebiet um Kladno April - Mai 1919) und in Polen (November 1918: Lublin, Dąbrowa Górnicza, 6. November 1918 -2. Februar 1919 Sowjetrepublik Tarnobrzeg, Juli 1920 Białystok).<sup>13</sup> In Großbritannien verweigerten Soldaten und Matrosen die Teilnahme am Interventionskrieg gegen Sowjetrussland in den heimischen Häfen, aber auch in den Gebieten um Murmansk und Archangelsk. Eisenbahner, Industrie-, Textil- und Bergarbeiter streikten nicht nur um höhere Löhne, sondern forderten ebenfalls „Hände weg von Sowjetrussland“. Es entstand eine Art Rätebewegung (Shop Stewards) in Schottland. Das irische Volk erhob sich gegen die britische Kolonialherrschaft und errang einen eigenen Staat. Die Bildung der *Irischen Sowjetrepublik Limerik* (April 1919) blieb nur eine Episode <sup>14</sup> Soldaten und Matrosen der französischen*

<sup>11</sup> Vgl. Vgl. V. V. Sagladin (Ltr. d. Redaktionskollektiv): Die internationale Arbeiterbewegung in sieben Bänden, Bd. 2, Moskau 1981, .S. 114-173.

<sup>12</sup> Vgl. ebenda, Bd. 3, Moskau 1982, S. 410-498; Teodor Šanin: Revoljucija kak moment istiny. 1905-1907/1917-1922, Moskva 1997.

<sup>13</sup> Vgl. Peter Kuckuk: Bremen in der deutschen Revolution 1918/19. Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 2017; Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010, S. 9-28; ders.: Von der bürgerlich-demokratischen Republik zur Räterepublik in Ungarn. Mythos und historische Wirklichkeit, in; Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte. Literatur und Politik, Dinklage, Heft 1 Mai 2004, S. 35-53 und Heft 2 November 2004, S. 15-24; F. L. Carsten: Revolution in Mitteleuropa, Köln 1973; H. Hartmann: Die verlorene Räterepublik, Wien-Frankfurt-Zürich 1971; H. Beyer: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957; E. Leviné: Aus der Münchner Rätezeit, Berlin 1925; Räterediktatur oder Demokratie? Wien 1919; J. Braunthal: Die Arbeiterräte in Deutsch Österreich. Ihre Geschichte und ihre Politik, Wien 1919.

<sup>14</sup> Der Aufstand des irischen Volkes 1916 unter Führung der Nationalpartei Sinn-Fein (Wir selbst) wurde durch britische Truppen niedergeschlagen. In den Wahlen (Dezember 1918) zu einer irländischen Selbstverwaltung (Homerule) weigerten sich 73 von 105 irischen Abgeordneten in diesem Scheinparlament mitzuarbeiten. Sie erklärten sich am 21. Januar 1919 in Dublin zum bevollmächtigten Parlament eines unabhängigen Irland,

Interventionstruppen in Tiraspol, Cherson Odessa und Sewastopol (Krim) meuterten und verweigerten den Krieg gegen Sowjetrußland. Die kurzlebige *Elsässer Sowjetrepublik* (10. - 22. November 1918) wurde von französischen Truppen beseitigt.<sup>15</sup> Die revolutionäre Nachkriegswelle erfasste vor allem Asien: China 1919-1923, Indien 1919-1921, Korea 1919, Persiens 1920-1921 und Türkei 1919-1923, Mongolei 1921), Länder Lateinamerikas und afrikanische Kolonialgebiete.<sup>16</sup>

Nur die *Russländische Revolution 1917-1922, die den neuen Revolutionszyklus eingeleitet hatte und ihn weiter vorantrieb, blieb siegreich*. Sie widerstand in den fünfjährigen opferreichen Auseinandersetzungen mit der weißen Konterrevolution und der Militärintervention 14 kapitalistischer Staaten. Das *territorial größte Land der Welt, ein Sechstel der Erdmasse, mit einem reichlichen Zehntel der Weltbevölkerung (170 Mio Einwohner) brach als einziges dauerhaft aus dem weltumspannenden kapitalistischen System* heraus. Im Juli 1918 erklärte Revolutionsführer Wladimir I. Lenin/Uljanow (1870-1924), „dass es uns als ersten beschieden war, in einem Winkel des Erdballs den Kapitalismus zur Strecke zu bringen, diese wilde Bestie, die die Erde mit Blut überschwemmt hat, die die Menschheit zum Hunger und zur Verwilderung getrieben hat.“<sup>17</sup> Die Revolution Russlands - so der britische Historiker Eric Hobsbawm - ist für das 20. Jahrhundert „ein ebenso zentrales Ereignis wie es die Französische von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war.“ Sie „hatte jedoch ein stärkeres und globaleres Echo als ihre Vorgängerin.“ Auch die „faktischen Auswirkungen von 1917 waren bei weitem größer und anhaltender als die von 1789. Die Oktoberrevolution brachte die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte hervor. Ihre Ausdehnung über die Welt ist seit dem Siegeszug des Islam in seinem ersten Jahrhundert ohne Parallele geblieben.“<sup>18</sup>

### **Zerstörung des überlebten Völkergefängnisse**

Die Russländische Revolution 1917-1922 und die nachfolgenden Umgestaltungen zerstörten die vorkapitalistischen, kolonialen und monopolkapitalistischen Besitzverhältnisse, setzten an ihre Stelle eine staatssozialistisch organisierte, *weitgehend sozial und multiethnisch ausgeglichene Gesellschaftsordnung* entsprechend der damaligen ökonomisch-technischen Gegebenheiten und Möglichkeiten. *Nicht das eurasische Großreich, sondern nur das zaristische Völkergefängnis Rußland wurde demontiert und zerstört*. Die herrschende

---

forderten den Abzug britischer Truppen und nahmen 1920 diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland auf. Daraufhin begann Großbritannien eine Militärintervention gegen die irländische Nationalbewegung und ihre Republikanische Armee. Die Bildung der Sowjetrepublik in Limerik (15. 4. - 27. 4. 1919) blieb nur eine Episode. Der Bürger- und Interventionskrieg in Irland endete mit dem Waffenstillstand, dem Vertrag mit Großbritannien (1921) und der Kapitulation der republikanischen Nationalbewegung (1923). Der nordöstliche Teil Irlands wurde dem britischen Empire angegliedert und militärisch besetzt. Der südöstliche Landesteil blieb als sog. Freistaat Teil Großbritannien (Dominium). Vgl. J. M. Shukow (Hauptredaktion): Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 8, Berlin 1966, S. 296-317.

<sup>15</sup> Vgl. J. M. Shukow (Hauptredaktion): Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 8, Berlin 1966, S. 317-327.

<sup>16</sup> Vgl. J. M. Shukow (Hauptredaktion): Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 7 und Bd. 8, Berlin 1965 und 1966.

<sup>17</sup> W. I. Lenin: Prophetische Worte (29.Juni 1918), in Werke, Bd. 27, Berlin 1974, S. 499-500.

<sup>18</sup> Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 70.

bolschewistische Staats- und Regierungspartei versuchte unter den widrigen Bedingungen der ständigen äußeren Bedrohung durch geheimdienstliche Diversionen, militärischen Interventionen, wirtschaftlichen und diplomatische Boykottaktionen von mehr als einem Dutzend kapitalistischer Staaten *eine völlig neuartige Gemeinschaft russländischen Völker in dem seit Jahrhunderten bestehenden und weitgehend erhalten gebliebenen eurasischen Staatsgebietes neu aufzubauen*. Dieses reichte vom Baltikum, Weißrussland, Ukraine, Moldawien und Kaukasien im Westen bis zur Beringstraße und zum Beringmeer im Osten und im Süden bis an die Grenzen Japans, Chinas, der Mongolei, Afghanistans, Persiens und der Türkei.

Die Russländische Revolution, die ein weltweites Echo auslöste,<sup>19</sup> erfasste zuerst die *zentralrussischen Gebiete um St. Petersburg und Moskau*, danach auch die multiethnischen westlichen und südöstlichen und fernöstlichen Randgebiete. *In Abhängigkeit der Kräfteverhältnisse zwischen Revolution, weißer Konterrevolution und ausländischen Besatzungsmächten entstanden mit dem Oktoberumsturz 1917 nationale Räterepubliken, die durch bilaterale militärische, politische, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) zeitweilig eng verbunden waren*: Südfinnland (Finnische Sozialistische Arbeiterrepublik Januar - April 1918), Estland (Dezember - Februar 1918 und November 1918 - Februar 1919), Lettland (Dezember 1917 - August 1918) und Litauen (Dezember 1918 - seit Februar bis August 1919 mit der Belorussischen Sowjetrepublik vereint), Belorussland (Januar 1919 - Dezember 1922) und Ukraine (Dezember 1917 - März 1918, November 1918 - Dezember 1922). Nur die Sowjetrepubliken Ukraine und Belorussland überlebten Bürgerkrieg und ausländische Intervention. Mit direkter militärischer, ökonomischer und politischer Hilfe der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik RSFSR (1918) entstanden auch in den Großregionen Transkaukasien, Mittelasien und Sibirien ebenfalls nationale Volks- und Räterepubliken. Die Lenin-Regierung der RSFSR traf *grundsätzliche Entscheidungen zur Beendigung des Krieges wie zur Überwindung von Hungersnot und sozialer Ungerechtigkeiten*. Sie gab auch den nichtrussischen ethnischen Gruppen, nationalen Minderheiten und Nationen (mehr als die Hälfte der Landesbevölkerung) das *Recht auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung aus dem russländischen Staatsverband*. Das unterschied die neue Macht vom Zarenreich, von der Konterrevolution der zaristischen Militärclique, die von Anfang an ein „*unteilbares Russland*“ des Zarismus restaurieren wollte. *Die führenden Köpfe der Bolschewiki wie Lenin, Leo Trotzki/Bronstein (1879-1940), Josef Stalin/Dschugaschwili (1878-1953)<sup>20</sup> und andere Revolutionsführer hatten in teilweise*

<sup>19</sup> Vgl. Das Echo der russischen Revolutionen in Pankower Vorträge, Heft 212 (Teil 1 Russland von innen und von außen 1917-1922. Beiträge: Stefan Bollinger, Karl-Heinz Gräfe, Mario Keßler); Heft 213 (Teil 2 Von Deutschland bis Lateinamerika, Eine Welt im Umbruch. Beiträge von Marcel Bois, Stefan Bollinger, Hans Hartmann, Stefan Rinke, Reiner Tosstorft, Marga Voigt); Heft 214 (Teil 3 Stefan Bollinger: Russische Revolutionen- für Frieden, Demokratie und Sozialismus).

<sup>20</sup> Josef Wisarionowitsch Stalin (Dshugaschwili), 6. 12. 1878 als Sohn eines Schumachers im georgischen Gori geboren, 1894-1899 Studium am Geistlichen Seminar in Tiflis, 1898 Mitglied der SDAPR und Berufsrevolutionär, 1912 Mitglied des ZK der SDAPR(B), 1917 Volkskommissar für Nationalitätenfragen, seit April 1922 Generalsekretär der Partei, seit 1929 als unumschränkter Diktator hauptverantwortlich für die gewaltsame Entkulakisierung und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, er forcierte Industrialisierung und die Massenrepressalien gegen Partei- und Staatsfunktionäre, große Teil der Bevölkerung und Dutzende Völker;

*heftigen Auseinandersetzungen ein Programm zur Lösung nicht nur der politischen und sozialen, sondern auch der nationalen Frage in dem größten Vielvölkerstaat der Welt erarbeitet.* Doch schon in den sechs Revolutionsjahren zeigte sich wie schwierig es war, das Selbstbestimmungsrecht der national wie auch kolonial unterdrückten Völker Russlands zu verwirklichen und die ererbten zwischennationalen Konflikte zu überwinden. Nicht nur wegen der ständigen äußeren Bedrohungen, die auch nach der Gründung der UdSSR blieben. *Es ging nicht darum, den auseinandergerissenen Vielvölkerstaat wiederherzustellen. Hauptaufgabe war vielmehr einen gänzlich neuartigen Großstaat in dieser eurasischen Weltregion aufzubauen, in dem nicht nur soziale Gerechtigkeit und Ausgeglichenheit, sondern auch nationale Gleichberechtigung und solidarisches Zusammenwirken verwirklicht werden.* Das war angesichts des Erbes der Romanow-Dynastie, der Folgen des Ersten Weltkrieges 1914-1918 und des nachfolgenden inneren und äußeren Konterrevolution außergewöhnlich schwierig und konnte - wie sich bald zeigte - auch kontraproduktiv für den Gang der Revolution werden. Nicht nur innerhalb der Staatsführungen der RSFSR, sondern auch in den bereits unabhängigen oder autonomen Republiken kam es zu grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten. Sozialisten in anderen Ländern, die den Bolschewiki sehr nahe standen, lehnten das Recht der Völker Russlands auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur Bildung eigener Nationalstaaten rundweg ab. Das lenkte nur von der sozialen Revolution ab, spaltete die Arbeiter und Bauern und führte zum zeitweiligen Verlust großer Gebiete des ehemaligen Russland. Der durch den Bürgerkrieg veranlasste Übergang zum *Kriegskommunismus* (1918-1920) eskalierte 1920-1921 in Bauernaufständen (Gouvernement Tambow) und Arbeiterhebungen (Kronstadt) gegen die Sowjetmacht.

Lenin erkannte, *dass der einzige Ausweg aus der bisher tiefsten Krise des neuen Staates im Übergang zu einer grundsätzlichen anderen Politik besteht - zur Neue Ökonomische Politik (NÖP), eines langen evolutionären Übergangs zum Sozialismus.*<sup>21</sup> Ebenso notwendig war, *die zwischen den nationalen Räterepubliken und der RSFSR entstandene Vertragsföderation neu zu ordnen, ihre Annäherung und Integration effektiv und dauerhaft zu garantieren.* 1918-1922 bestanden nur bilaterale Verträge zwischen der RSFSR und den nationalen Räterepubliken. Ähnliches galt auch für die Neugestaltung der nationalen Beziehungen innerhalb der RSFSR. Stalin war als Volkskommissar für nationale Angelegenheiten der RSFSR unmittelbar für diese beiden Aufgaben zuständig. Im Verlaufe der Russländischen Revolution gelang es im Dezember 1922, den größten Teil des Russischen Reiches auf einer völlig neuen Grundlage in Gestalt eines Bundesstaates (Föderation) von nationalen Sowjetrepubliken wiederherzustellen. *Insofern war mit der Gründung der UdSSR die Russländische Revolution im engeren Sinn beendet und vollendet.*

### **Nationsbildung und Annäherung der Nationen**

Dennoch zeigten sich schon während der Entstehungszeit der UdSSR (1918-1922) wie auch in den Jahrzehnten danach immer wieder Ereignisse, die diese bundesstaatliche

---

Mai 1941 Regierungschef, August 1941 Oberkommandierender der Roten Armee, 1945 Generalissimus, nach seinem Tod am 5. 3. 1953 wurde sein einbalsamierter Leichnam neben den Lenins im Mausoleum beigesetzt, am 1. November 1961 an die Kremelmauer umgebettet.

<sup>21</sup> Vgl. Das Menetekel Kronstadt 1921. Kriegskommunismus und Alternativen. Beiträge von Helmut Bock, Karl-Heinz Gräfe, Wladislaw Hedeler, in: Pankower Vorträge Heft 161, Berlin 2011.

(föderative, teils autonome) Lösung in Frage stellten. Die politischen Eliten der Zentrale wie auch der Titularnationen (Unionsrepubliken), der autonomen Republiken und Gebiete überdachten und korrigierten die real möglichen Strukturen des Bundesstaates. Es gelang nicht immer unter den sich ständig verändernden inneren und äußeren Bedingungen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den föderativen Gliedern einerseits und der Moskauer Zentrale zu gewährleisten. So bestanden permanent zwei existentielle Gefahren für den Vielvölkerstaat: Das Überhandnehmens des Moskauer Zentralismus wie auch die Dominanz der nationalen Republiken. Dahinter verbargen sich *zwei gegenläufige Tendenzen - der großrussischen Chauvinismus und der lokale Nationalismus bzw. Separatismus in den nationalen Randgebieten*. Denn der multiethnische Großstaat Russland, in dem die Hälfte der Bevölkerung früher national und kolonial unterdrückt war, in einen Staat gleichberechtigter ethnischer Gruppen, Nationalitäten und Nationen umzubauen - *dafür gab es kein historisches Beispiel und keine Rezepte, auch keinen garantierten Erfolg*. Es ging darum nationale und koloniale Unterdrückung nichtrussischer Völker zu überwinden und die Völker auf einer gleichberechtigten und solidarischen Grundlage zusammenzuführen und zu integrieren. Die sowjetische Führung förderte nationale Emanzipation - das „Aufblühen“ der fast 200 nichtrussischen Nationalitäten, einschließlich der Bildung von Nationen und Völkerschaften, vor allem in Gestalt von Unionsrepubliken und Autonomen Republiken. Die Kremelführung versuchte zugleich, dass die in Jahrhunderten entstandene Vorurteile, Entfremdung und immer wieder aufbrechende Feindschaften zwischen den Nationalitäten zu überwinden, deren Annäherung und solidarisches Zusammenwirken voranzubringen. Partei- und Staatsführer Lenin erkannte und beachtete in seiner Politik den untrennbaren Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage:

„Unter dem Kapitalismus *kann* die nationale und überhaupt die politische Unterdrückung *nicht* beseitigt werden. Dazu ist die Aufhebung der Klassen, d.h. die Einführung des Sozialismus *unerlässlich*. ... Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig - die sozialistische Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es *noch* einer demokratischen Organisation des Staates. ... Hat das Proletariat den Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, so schafft es die *Möglichkeit* für die völlige Beseitigung der nationalen Unterdrückung. Diese Möglichkeit wird ‚nur‘ - ‚nur‘! - dann zur Wirklichkeit werden, wenn die Demokratie auf allen Gebieten vollständig durchgeführt wird - bis zur Festlegung der Staatsgrenzen entsprechend den Sympathien der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung einschließlich. Auf dieser Basis wird ihrerseits *in der Praxis* auch die absolute Beseitigung der kleinsten nationalen Reibungen, des geringsten nationalen Mißtrauens erfolgen und damit die beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nationen, die durch das *Absterben* des Staates vollendet werden wird.“<sup>22</sup>. Das war eine mögliche Entwicklungstendenz, zugleich aber auch ein komplizierter politischer, ökonomischer und geistig-kultureller Umgestaltungsprozess, der offenbar nicht in einigen Jahrzehnten bewältigt werden konnte. Die Auflösung der UdSSR nach sieben Jahrzehnten (1991) ist deshalb kein Beweis dafür, dass ein solches Projekt utopisch ist.

---

<sup>22</sup> W. I. Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung (Juli 1916), in Bd. 22, Berlin 1977, S. 331.

Auch nach der Gründung des Bundesstaates UdSSR 1922 sah deshalb die sowjetische Partei- und Staatsführung unter Lenin und seit 1924 unter Stalin in den 20er und 30er Jahren ihre vorrangige Aufgabe darin, das Recht auf nationale Selbstbestimmung konsequent durchzusetzen und Nationsbildung im Rahmen der Unionsrepubliken (Titularnationen) wie auch in den autonomen Republiken und Gebieten voranzutreiben. Die Kreml-Führung ging von einer komplexen Vorstellung über die Nation und dem Nationalstaat aus, der von Lenins Nachfolger Josef Stalin schon 1913 festgeschrieben worden war: „Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft, eine bestimmte Gemeinschaft von Menschen.“ Diese habe sich „aus Menschen verschiedener Rassen und Stämmen“ in einem langen historischen Zeitraum formiert. „Eine Nation – so Stalins Definition – ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. Dabei versteht sich von selbst, daß die Nation, wie jede historische Erscheinung, ihren Anfang und ihr Ende hat. ... Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation. ... Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie, sondern eine *historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus* (Hervorhebung, K.-H.G.). Der Prozess der Liquidierung des Feudalismus und die Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig der Prozess des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. So geschah es z.B. in Westeuropa. Die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener formierten sich zu Nationen bei dem siegreichen Vormarsch des über die feudale Zersplitterung triumphierenden Nationalismus. Die Bildung von Nationen bedeutet dort ihre Verwandlung in selbständige Nationalstaaten. ... Irland, das außerhalb dieses Prozesses geblieben ist, ändert nichts an diesem allgemeinen Bild.“<sup>23</sup> *In Osteuropa hingegen verliefen die Nations- und Staatsbildung anders. Hier bildeten sich „Nationalitätenstaaten, Staaten die sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzten.* Derartige Staaten sind Österreich-Ungarn und Rußland. ... Diese eigentümliche Art der Staatenbildung konnte nur unter den Verhältnissen des noch nicht beseitigten Feudalismus, unter den Verhältnissen des schwach entwickelten Kapitalismus stattfinden, als die in den Hintergrund gedrängten Nationen noch nicht dazu gekommen waren, sich ökonomisch zu geschlossenen Nationen zu konsolidieren. Der Kapitalismus beginnt sich aber auch in den östlichen Staaten zu entwickeln Die Nationen konsolidieren sich ökonomisch. Der in das geruhsame Dasein der zurückgedrängten Nationalitäten eingebrochene Kapitalismus rüttelt diese auf und setzt sie in Bewegung. Aber die zu selbständigem Dasein zurückgedrängten Nationen bilden jetzt keine unabhängigen Nationalstaaten mehr. Sie begegnen auf ihrem Weg dem stärksten Widerstand der führenden Schichten der herrschenden Nationen (in Russland den Großrussen, K.-H.G.), die sich schon längst an die Spitze des Staates gestellt haben. Zu spät! Im Westen antwortet Irland auf seine Aufnahmestellung mit einer nationalen Bewegung. Im Osten mußten die erwachenden Nationen dasselbe tun.“<sup>24</sup>

Ausgehend von dieser Analyse der Nations- und Nationalstaatenbildung entschied die sowjetische Partei- und Staatsführung während und vor allem nach der Gründung der UdSSR (1922) den Prozess der Nationsbildung in den mit der Revolution 1917-1922

<sup>23</sup> J. W. Stalin: Marxismus und nationale Frage, in: Werke, Bd. 2, Berlin 1950, S. 268-285, hier S. 268, 272 und 277.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 278 und 279.

grundlegend neu geschaffenen administrativen Gliederung des Landes aktiv voranzutreiben und zu organisieren. Das geschah vor allem in den **Unionsrepubliken der Titularnationen** (*Sozialistischen Sowjetrepubliken SSSR*) sowie *Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken* (ASSR) und *Autonomen Gebieten* (AG) und Autonome Regionen (AR):

**Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik RSFSR (1918):** *Turkestan* (ASSR 1918-1924), *Wolgadeutsche* (*Arbeitskommune* 1918-1924, ASSR 1924-1941), **Karelien** (1920 *Karelische Arbeitskommune*, 1923 ASSR; 1940 SSR) *Baschkirien* (1919), *Burjatien* (1923), *Krim/Krimtataren* (1921-1944), *Jakutien* (1922), **Kasachstan** (1920 ASSR, 1936 SSR), *Adscharien* (1921), *Dagestan* (1921), *Bergrepublik* (1920-1924), *Kabardino-Balkarien* (1921 AG, 1936 ASSR), *Kalmykien* (1920 AG, 1935 ASSR), *Tschetschenien-Inguschien* (1922/1924 AG, 1936 ASSR), *Nordossetien* (1924 AG, 1936 ASSR), *Buchara* (1920-1924), *Choresm* (1920-1924 ASSR.), **Kirgisien** (1926 ASSR, 1936 SSR), *Tschuwaschien* (1920 *Autonomes Gebiet*, 1925 ASSR) *Tuwa* (1921 *Volksrepublik*, 1944 ASSR). *Mari* (AG, 1936 ASSR) *Komi* (1921 AG, 1936 ASSR), *Mordwinien* (1930 AG, 1934 ASSR, *Udmurdiem* 1920 (AG, 1934 ASSR) sowie *Fernöstliche Demokratische Republik* (1920-1924)

**SSR Ukraine (1919):** **Moldawien** (1924 ASSR, 1940 SSR)

**SSR Belorussland** (1919)

**SSR Armenien** (1920): *Nagorny Katrabach* (1923 AG)

**SSR Aserbaidshan** (1920): *Nachitschewan* (1923 AR, 1924 ASSR)

**SSR Georgien:** (1921): *Abchasien* (1922 SSR, 1931 ASSR)

**SSR Turkmenien** (1925)

**SSR Usbekistan** (1925): **Tadschikistan** (1925 ASSR, 1929 SSR).<sup>25</sup>

Im Rahmen dieser nationalen Territorien der UdSSR (SSSR, ASSR, AG) formierten sich 48 Nationen (davon ein Dutzend Titularnationen/Unionsrepubliken) und Völkerschaften (*narodnist'i*).<sup>26</sup>

### Nationalisierung – Koreniasacija – Sowjetisierung

Ausgehend von seiner Nationsbestimmung (1918) ging es dem Volkskommissar für Nationalitätenfragen Stalin vorrangig um die *Ausformung der entstehenden Nationen in den Randgebieten Russlands wie auch um ihre Integration mit der RSFSR* wie er schon 1920 darlegte: „Die Sowjetmacht ... ist eine in ihre Art einzig dastehende, aus den russischen Volksmassen hervorgegangene, ihnen vertraute und nahestehende Macht. ... Es ist notwendig, daß die Sowjetmacht den Volksmassen in den Randgebieten Russlands ebenso vertraut wird und ihnen ebenso nahe kommt. Um ihnen aber vertraut zu werden, muss ihnen die Sowjetmacht vor allem verständlich werden. Daher ist es notwendig, daß alle Sowjetorgane in den Randgebieten, das Gericht, die Verwaltung, die Wirtschaftsorgane, die unmittelbaren Machtorgane (und auch die Parteiorgane) nach Möglichkeit *aus Einheimischen bestehen, die*

<sup>25</sup> Die Dynamik der Nationsbildung zeigt sich in der Zunahme der Unionsrepubliken (1922- 6, 1924- 8, 1929- 9, 1936 - 11, 1940 -16), und der Autonomen Republiken (1922 - 11, 1924 - 16, 1936 - 17, 1940 - 16). Die Autonomen Gebiete allein in der RSFSR stiegen seit der Gründung der UdSSR 1922 bis 1934 von zwei auf fünf, die Autonomen Kreise von 1925 bis 1937 von einem auf zehn.

<sup>26</sup> I. P. Camerian: *Teoretičeskie problemy obrazovanija i razvitija sovet'skogo mnogonacional'nogo gozudarstvo*, Moskva 1973, S. 160-162. Andere Historiker sprechen von 36 Nationen und 32 Völkerschaften Vgl. M. I. Kuličenko: *60-letie i toržestvo leninskoj nacional'noj politiki v SSR*, in *Istorija SSR* 5/1977, S. 62.

*die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche, die Sprache der einheimischen Bevölkerung kennen* (Hervorhebung, K.-H.G.) ... , daß die einheimischen schaffenden Massen auf allen Gebieten der Verwaltung herangezogen werden.“ Diese Politik der *Nationalisierung*, wird auch als *Korenisacia (Einwurzelung)* der nichtrussischen Völker gekennzeichnet. Stalin bezeichnete diese Aufgabe auch als die „Sowjetisierung dieser Gebiete, ihre Verwandlung in sowjetische Länder, die mit Zentralrussland fest zu einem staatlichen Ganzen verbunden sind.“ Der Aufbau dieser sowjetische Autonomie in den zweiundzwanzig Randgebieten sei „nichts anderes als die Summe all dieser in der ukrainischen, turkestanischen, kirgisischen usw. Form gekleidete Institutionen.“<sup>27</sup>

Bereits der *X. Parteitag der KPR(B) März 1921* setzte diese *Politik der Nationalisierung (Korenisacija)* für die RSFSR und die mit ihr verbundenen föderativen und autonomen Republiken erneut auf die Tagesordnung. Stalin als einer der Hauptreferenten stellte fest: „Zu Beginn der Oktoberrevolution beschränkten wir uns darauf, die Rechte der Völker auf Lostrennung zu deklarieren. In den Jahren 1918 und 1920 ging unsere Arbeit dahin, eine administrative Neueinteilung Russlands nach nationalen Merkmalen durchzuführen im Interesse der Annäherung der arbeitenden Massen der rückständigsten Völker und Proletarier Russlands.“ Erst auf diesem Parteitag im vierten Revolutionsjahr wurde entschieden, wie das praktisch durchzuführen ist. Von den 170 Millionen Einwohnern Russlands waren 65 Mio. nichtrussische Völker. Zu deren größten Gruppen gehörten neben den Ukrainern die 25 Mio. Angehörigen der Turkvölker, die den Kapitalismus noch nicht durchgemacht hatten sowie die 6 Millionen Menschen, „die vorwiegend Viehzucht treibenden Stämme, in denen die Gentilverfassung noch lebendig ist und die noch nicht zum Ackerbau übergegangen sind. Das sind in der Hauptsache Kirgisen, der nördliche Teil Turkestans, die Baschkiren, Tschetschenen, Osseten und Inguschen. Dieser Gruppe von Nationalitäten muß vor allen Dingen Boden zugeteilt werden.“<sup>28</sup>

*Der XII. Parteitag (April 1923)*, der vier Monate nach der Gründung der UdSSR stattfand, bestätigte nochmals diese Politik zur Lösung der nationalen Frage für den gesamten Unionsstaat. Er präziserte und ergänzte sie bezüglich der Wechselwirkungen von Nationsbildung („Aufblühen der Nation“) und ihrer Annäherung und Integration. Trotz Gründung der UdSSR im Dezember 1922 existierten noch immer unübersehbare Überreste des *großrussischen Chauvinismus* wie auch des *lokalen Nationalismus nichtrussischer Völker* weiter. Sie eskalierten in einigen Regionen zu gewalttätigen zwiischennationalen Auseinandersetzungen. Es bestand trotz erlassener Dekrete noch immer die *Ungleichheit zwischen entwickelten Zentralgebieten und den unterentwickelten, bis 1917 national und kolonial unterdrückten Randgebieten*. Das alles musste gezielt und schrittweise überwunden werden. Der XII. Parteitag 1923, an dem Lenin nicht mehr teilnehmen konnte, beschloss nicht nur die Grundrichtung der sozialistischen Industrialisierung (Referat Trotzki's), sondern auch die Strategie zur Lösung der nationalen Fragen (Referat Stalins):

„Im System der höchsten Macht ein Organ zu schaffen, in dem ausnahmslos alle nationalen Republiken und nationalen Gebiete vertreten sind; ... die Kommissariate der Union werden nach Grundsätzen aufgebaut, die die Befriedigung der Nöte und Bedürfnisse

<sup>27</sup> J. W. Stalin: Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Russland (1920), in: J. W. Stalin: Werke Bd. 4, Berlin 1951, S. 309-319, hier S. 315 und 316.

<sup>28</sup> Vgl. J. W. Stalin: Der X. Parteitag der KPdSU 8.-16. März 1921, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1952, S. 29-42, hier S. 41.

aller Völker gewährleisten; ... die Organe der nationalen Republiken werden vorwiegend aus Einheimischen gebildet, denen die Sprache, die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche der betreffenden Völker vertraut sind.“<sup>29</sup> Stalin kritisierte, dass es nicht nur in den zentralen Institution der KPR(B) wie in den nationalen Republiken und Gebieten, „einen zahlenmäßig starken Stamm alter Parteiarbeiter russischer Herkunft gibt, die mit den Sitten und Gebräuchen sowie mit der Sprache arbeitenden Massen ... nicht vertraut sind und deshalb nicht immer das nötige Verständnis für deren Bedürfnisse haben.“<sup>30</sup> Deshalb beschloss der erste Parteitag der KPR(B) nach der Gründung der UdSSR, in den damals jeweils acht eigenständigen Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSR) und Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken Republiken (ASSR) sowie 14 Autonomen Gebieten (AG) aus der einheimischen Bevölkerung verstärkt Kader der Partei, der Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen auszubilden.

Im folgendem wird die Politik der Korenisacija (Nationsbildung) am Beispiel der Entwicklung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) untersucht.

### **Ukrainisierung und Integration in die Union**

Die Entwicklung der nach der RSFSR einflussreichsten Unionsrepublik Ukraine USSR (1926 443 000 km<sup>2</sup>, 29 Mio. Einwohner, davon 80% Ukrainer, 9,2% Russen 5,5% Juden, 1,6 Polen, 1,4 Deutsche u.a.) stand immer im Zentrum der Kremlführung. *Diese Republik besaß eine Schlüsselrolle, stellte sie doch 21% (29 Mio. Einwohner) der Gesamtbevölkerung der UdSSR und fast 45% der nichtrussischen Völker (1926). Sie bildete damals – neben den Gebieten um Moskau und Leningrad – eines der größten und bedeutsamsten Industriereviere: Donbass - Jekatarinoslaw (seit 1925 Dnepropetrowsk) - Kriwoj Rok (Kryvyi Rih). Hier wurden 1932 70% der Steinkohle und Eisenerzes gefördert sowie 63% des Stahls der UdSSR produziert.*<sup>31</sup> Schon im Dezember 1919 beschloss die VIII. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B) ein von Lenin ausgearbeitetes Dokument über die USSR. Schonungslos wurde festgestellt, dass angesichts der Unterdrückung der ukrainischen Kultur (Sprache, Schule usw.) durch den russischen Zarismus vorrangige Aufgabe der KPR(B) ist, „mit allen Mitteln an der Beseitigung jeglicher Hindernisse für eine freie Entwicklung der Sprache mitzuwirken. Da infolge der Jahrhunderte langen Unterdrückung bei dem rückständigsten Teil der ukrainischen Bevölkerung nationalistische Tendenzen zu verzeichnen sind, haben die Mitglieder der KPR die Pflicht, diesen mit größter Behutsamkeit zu begegnen und ihnen eine kameradschaftliche Aufklärung darüber entgegenzusetzen, daß die werktätigen Massen der Ukraine und Russland die gleichen Interessen haben. Die Mitglieder der KPR in der Ukraine müssen das Recht der werktätigen Massen, in ihrer Muttersprache zu lernen und sich in allen Sowjetinstitutionen dieser Sprache zu bedienen, praktisch verwirklichen und allen Russifizierungsversuchen, allen Versuchen, die ukrainische Sprache in den Hintergrund zu drängen, entgegenwirken.“ Unverzüglich seien Maßnahmen zu treffen, damit es „in allen Sowjetinstitutionen genügend Angestellte gibt, die die ukrainische Sprache beherrschen, und damit sich in Zukunft alle Angestellten in ukrainischer Sprache verständigen können.“ Da in der Ukraine mehr noch als

<sup>29</sup> J. W. Stalin: Referat über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau. Thesen zum XII. Parteitag der KPR(B), gebilligt vom ZK der Partei, in: J. W. Stalin: Werke, Bd. 5, S. 159 - 195, hier S. 167.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 168 und 169.

<sup>31</sup> Vgl. Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994, S.188 und 197.

in Russland der überwiegende Teil der Bevölkerung Bauern sind, sei es vorrangige Aufgabe der Sowjetmacht in der Ukraine, „das Vertrauen nicht nur der armen Bauern, sondern auch breiter Schichten der Mittelbauernschaft zu gewinnen, die durch ihre ureigensten Interessen aufs engste mit der Sowjetmacht verbunden ist.“ Notwendig sei vor allem, „die arme und mittlere Bauernschaft in breiterem Maße zur Verwaltung heranzuziehen.“ Nur so könne „eine echte Macht der Werktätigen“ entstehen. Aufgabe der Bodenpolitik sei, den landlosen und landarmen Bauer Großgrundbesitzerland zu verteilen. Nur in „beschränktem Umfang“ sollten Staatsgüter geschaffen werden, „wobei in jedem Fall die Interessen der umwohnenden Bauern aufs genaueste berücksichtigt werden müssen.“ Bezüglich des Zusammenschlusses der Bauern in Kommunen und Artels, sei aber strikt darauf zu achten, dass man „die Sache ausschließlich dem freien Entschluss der Bauern selbst überläßt und alle Versuche, in diese Angelegenheit Elementen des Zwangs hineinzutragen, streng bestraft.“<sup>32</sup> Bezüglich der bereits bestehenden föderativen Beziehungen zwischen der USSR und RSFSR bestimmte der Beschluss, „daß die Formen des Bündnisses endgültig von den ukrainischen Arbeitern und Bauern selbst bestimmt werden.“<sup>33</sup>

*Die entscheidende Frage der Korenisation-Politik in den multiethnischen Randgebieten war die Industrialisierung als Basis einer sozialistischen Gesellschaft und die Herausbildung einer nationalen Arbeiterschaft.* Obwohl die Ukrainer im Vergleich zu den anderen nichtrussischen Nationen und Nationalitäten die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Nation waren, legte nicht nur die Führung in der Ukrainischen Unionsrepublik, sondern auch die zentrale Moskauer Führung den größten Wert auf Wiederherstellung der Volkswirtschaft und einer *vorrangigen* Industrialisierung. Stalin hatte schon auf dem X. Parteitag 1921 darauf aufmerksam gemacht: Es sei unbestritten, dass eine ukrainische Nation existiert. Wenn auch „in den Städten der Ukraine bis jetzt noch die russischen Elemente überwiegen, so werden doch diese Städte im Lauf der Zeit unvermeidlich ukrainisiert werden.“<sup>34</sup> Seit Anfang des 20. Jahrhunderts waren in den Großstädten (über 100 000 Einwohner) zumeist Russen die Mehrheit der Einwohner: Kiew (54,3% Russen, 22,3% Ukrainer), Charkow (63,1% Russen, 25,9% Ukrainer). Odessa (49,1% Russen, 30,8% Juden, 9,4% Ukrainer), Kishinew (45,9% Juden, 27% Russen, 17,6% Moldawier, 3,1 Ukrainer), Jekatarinoslaw (41,8 Russen, 35,4 Juden, 5,8 Ukrainer) und Rostow am Don (79,2% Russen, 4,7% Ukrainer).<sup>35</sup>

Mit Wiederherstellung der Volkswirtschaft und der Elektrifizierung (GOELRO) wuchs der Anteil der ukrainischen Bevölkerung in den Städten und erreichte bis 1926 47,2 %. Ebenso vergrößerte sich der Anteil der ukrainischen Industriearbeiterschaft auf 43%, der der

<sup>32</sup> W. I. Lenin: Entwurf der Resolution des ZK der KPR(B) über die Sowjetmacht in der Ukraine (November 1919), in: Lenin Werke, Bd. 30, Berlin 1974, S. 148-151, hier S. 148-150.

<sup>33</sup> Ebenda S.151.

<sup>34</sup> J. W. Stalin: Schlußwort auf dem X. Parteitag 10. März 1921, In: Werke, Bd. 5, S. 39-42, hier S.42.

<sup>35</sup> Die hauptsächlichen Siedlungsgebiete der Ukrainer waren die Gouvernements der *Großregion Ukraine* (Charkow, Wolhynien Podolien Kiev Poltawa Tschernigow - 321 494 km<sup>2</sup>) mit 17,1 Mio. Menschen (davon 13,5 Mio. Ukraine, 1,4 Mio. Russen u.a.) In den Gouvernements der *Großregion Neurussland* (Ékatarinoslaw, Cherson, Taurien/Krim, Bessarabien im Gebiet der Donkosaken - 404 287 km<sup>2</sup>) waren von den 10,8 Mio. Einwohnern 4,6 Mio. Ukrainer und 3,2 Mio. Russen. Vgl. Henning Bauer, Andreas Kappeler, Brigitte Roth (Hrsg.): Die Nationalitäten des Russischen Reiches, Stuttgart 1991 Bd. 1 (A). S. 166f. ,Bd. 2(B), S. 42- 44, S. 216f. und S. 396-402; Bd. 2 (B), S. 42 und 398ff.

russischen Arbeiter ging zurück. Durch die erst 1927 beginnende, wenn auch verspätete und überhastete Industrialisierung wuchs die Zahl der Arbeiter in der UdSSR von 1928 bis 1937 von 8,7 Mio. auf 20,6 Mio.<sup>36</sup> In der Unionsrepublik Ukraine verdoppelte sich die Anzahl der ukrainischen Arbeiter 1933 auf 1,5 Mio. Ihr Anteil betrug nun 58%. *Ende der 30er Jahre war die ukrainische Formation der Arbeiterschaft die stärkste innerhalb der nichtrussischen Unionsrepubliken geworden.*<sup>37</sup>

*Eine weitere Richtung der Korenisacija-Politik betraf die Nationalisierung des Partei- und Staatsapparates.* Die bolschewistische Führungspartei des Landes war seit ihrer Gründung 1903, in der Revolution 1917-1922 und danach immer eine internationalistische Partei hinsichtlich der Mitgliedschaft, ihres Führungsgremiums und ihrer Politik. Von den insgesamt 732 000 Parteimitgliedern der KP Russlands (44% Arbeiter, 24 % Bauern) im Jahre 1921 wirkten u.a. 60 000 in der Ukraine, 34 000 in Turkestan, 29 000 in Kasachstan, 15 000 in Aserbaidshan, 7 000 in Armenien, 9 000 in Georgien und 3 000 in Belorussland.<sup>38</sup> Die eine Million sowjetische Kommunisten 1926 (600 000 Arbeiter), verteilten sich in unterschiedlichen Größenordnungen auf alle Unionsrepubliken: RSFSR - 750 000, Ukraine - 167 000, Transkaukasien - 55 000), Usbekistan - 25 000, Belorussland - 17 000.<sup>39</sup> Gemessen an der Tatsache, dass 80 Prozent der Bevölkerung der Ukrainischen Unionsrepublik ethnische Ukrainer waren, machte die Nationalisierung der Parteiorganisation der zweitstärksten Unionsrepublik in den 20er und 30er Jahren enorme Fortschritte. Der ukrainische Anteil im Zentralkomitee der KPdSU(B) stieg zwischen 1923 und 1930 von 16 auf 43 Prozent.<sup>40</sup> Der Anteil Ukrainer in der Russländischen KP (B), der 1924 nur 23% betrug, stieg 1927 auf 52% und erreichte 1933 61%.<sup>41</sup> Der Parteiapparat wurde in allen Gliederungen erneuert, also ukrainisiert: In den Bezirken stieg der Anteil der Ukrainer von 26% (1926) auf 55% (1928), in den Kreisen von 48% (1927) auf 60% (1928). Russische Funktionäre dominierten nur noch die Abteilungen des ZK der KP der Ukraine.<sup>42</sup> Aber bereits 1929 waren Ukrainer in den Partei- und Staatsorganen auf Republikebene mit 36,2% und auf Rayon(Kreis)ebene mit 75,9% vertreten. Die Ukrainisierung in den staatlichen Institutionen erreichte 1933 ihren Höhepunkt: Die Ukrainer stellten 87,6 % der Deputierten der Dorfsowjets, 70% der Kreissowjets und 58,4% der Stadtsowjets. In nahezu allen Sowjetorganisationen wurde Ukrainisch im Schriftverkehr benutzt.<sup>43</sup>

<sup>36</sup> Vgl. Güter Rosenfeld: Geschichte der UdSSR, Berlin 1976, S. 324.

<sup>37</sup> Zwischen 1926 und 1933 stieg der Anteil der einheimischen Arbeiter auch in den nichtrussischen Unionsrepubliken (Belorussland: 31 700 - 113 000, Usbekistan: 14 300 - 62 000, Tadschikistan 100 - 5 700 Turkmenien 2 800 - 12 299) und ASSR (Kasachstan 9 500 - 62 100), Vgl. Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 22-44 (Tabelle 1 und 2).

<sup>38</sup> Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 1973, Bd. IV/1, S. 29.

<sup>39</sup> Vgl. ebenda, S. 528.

<sup>40</sup> Vgl. Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, S.191.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 191; Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 48, Tabelle 3.

<sup>42</sup> Vgl. E. Ju. Borisjonok: Kadrovaja politika bol'shevikov v USSSR v period korenisacii, in: Sovetskie nacii i nacional'naja politika v 1920-1950-e gody. Materialy VI. Meždunarodnoj naučnoj konferencii Kiev, 10-12 oktjabrja 2013, Moskva 2014, S. 641- 648, hier S. S. 645 und 646.

<sup>43</sup> Vgl. Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. S. 51 und 53.

Entscheidend war nicht zuletzt, dass an den höheren Bildungseinrichtungen (Universität, Technikum) und an der 1922 gegründeten *Kommunistischen Universität, im Artema*<sup>44</sup> eine systematische Ausbildung ukrainischer kultureller, politischer und wirtschaftlicher Eliten erfolgte. Der Anteil der ukrainischen Studenten wuchs von 31% (1923) auf 57% (1929) und erreicht 1930 70%.<sup>45</sup> Die in der Unionsrepublik erschienen Bücher und Zeitungen in ukrainischer Sprache hatten 1933 einen Anteil von 70% (1913 nur 2,3%).<sup>46</sup> Die Erfolge der Sprachpolitik waren beachtlich wie der Historiker Gerhard Simon bestätigt:

„Das Ukrainische, bis dahin wesentlich eine Umgangssprache und eine Sprache der schönen Literatur, aber nicht der modernen Welt, wurde mit Nachdruck im öffentlichen Leben jener ukrainischen Städte durchgesetzt, die durch die Einwohnerschaft und Kultur bisher russisch geprägt waren. 7 Mill. Menschen konnten 1926 in der Ukraine Russisch lesen und schreiben, obwohl hier nur 2,7 Mill. Russen lebten. Ihnen standen 23 Mill. Ukrainer gegenüber, von denen 6,3 Mill. Ukrainisch lesen und schreiben vermochten. Die Ukrainisierung der Städter war nicht nur eine Folge der Zuwanderung aus dem ukrainischen Dorf, sondern ging auch darauf zurück, daß ein Teil der sprachlich russifizierten Ukrainer zum Ukrainischen als erster Sprache zurückkehrten. In fast allen städtischen Ballungsgebieten der Ukraine fiel nach 1926 der Anteil der ukrainischen Bevölkerung mit Russisch als Muttersprache.“<sup>47</sup>

Die Korenisacija wurde von einer beim Rat der Volkskommissare der USSR und beim ZK der KP (B) der Ukraine gebildeten *Ukrainisierungskommission* gelenkt. Sie war eine Kulturrevolution und besaß große Wirkung auf die Ukrainer, die im benachbarten Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei lebten, dort nach wie vor national und sozial unterdrückt wurden. Allein aus dem einst österreichisch-ungarischen ukrainischen (ruthenischen) Siedlungsgebiet Galizien, seit 1919 vom polnischen Staat annektiert, emigrierte von den 4 Mio. Ukrainern in den 20er Jahren 50 000 in die benachbarte Ukrainische Unionsrepublik. Zu ihnen gehörten u.a. hochrangige Führer der bürgerlichen und sozialdemokratischen ukrainischen Nationalbewegung, der Ukrainischen Zentralrada (UZR) wie *Mychajlo S. Hruschewskyi* (1866-1934)<sup>48</sup> und *Serhij A. Jefremow*<sup>49</sup>. Nicht wenige der

<sup>44</sup> Fedir A. Artjom (1893-1921) war seit 1901 in der SDAPR, 1905-1917 Führer des bewaffneten Aufstandes in Charkov, November 1917 Vorsitzender des Revolutionären Militärkomitees im Gouvernements Charkow, im Dezember 1918 Volkskommissar für Handel und Industrie, Februar 1919 der Ukrainischen Sowjetrepublik, seit Februar 1918 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Republik Donezk-Krivoirotg.

<sup>45</sup> Vgl. Ukrainisacija 1920-30-x rokiv: perodumovi, zdobut, uroki, Kiev 2003, S. 64 und 65, S. 94 und 96.

<sup>46</sup> Vgl. Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S 63, Tabelle 7.

<sup>47</sup> Zitiert nach ebenda, S. 58.

<sup>48</sup> Sohn eines Gymnasiallehrers,. 1886-1890 Studium an der Uni Kiew, promovierte 1894 an der Uni Lwow, 1904 „Geschichte der Ukraine – Rus“ (acht Bände), 1917/1918, Führer der Ukrainischen Zentralrada, 1919-1923 Emigration (Prag, Wien), nach Rückkehr in die Ukraine (1924) leitet er als Mitglied der Akademie der Wissenschaften (1923) die Historischen Sektion und der Kommissionen für Geografie, Kulturgeschichte und Folklore. Nach kurzfristiger Inhaftierung wegen „konterrevolutionärem Nationalismus“ (1931) konnte er seine wissenschaftliche Arbeit in Moskau bis zu seinem Tode fortsetzen.

<sup>49</sup> Jefremov war einer der führenden Liberalen der ukrainischen Nationalbewegung. Seit 1908 wirkte er in der *Gesellschaft Ukrainischer Progressisten*. 1917 wurde er Vorsitzender der *Partei der Sozialisten-Föderalisten* und Mitbegründer der UZR und UNR. Er unterzeichnete er in Brest-Litowsk den Frieden mit den Mittelmächten (9. Februar 1918) und unterstützte das von Deutschland ausgehaltene Skoropadskyj-Regime. Nach zweijähriger Inhaftierung (1919-1921) durch die Sowjetmacht widmete er sich der literaturwissenschaftlichen Arbeit und

zurückgekehrten ukrainischen Emigranten arbeiteten in verschiedenen Regierungsämtern, im Wissenschafts- und Kulturbetrieb.

*Die Korenisacija-Politik trug wesentlich zur Überwindung der kulturellen Rückständigkeit, vor allem zur Beseitigung des Analphabetismus auf diesem Sechstel der Erde bei.* Diese zwei Jahrzehnte waren eine Zeit, in der insgesamt 48 Nationalitäten und Völker der UdSSR erstmals eine Schriftsprache erhielten. Damit wurde schon mit der Revolution 1917 begonnen. Das Dekret vom 26. Dezember 1919 der Regierung der RSFSR bildete die Grundlage für diese Entwicklung:

„Um der gesamten Bevölkerung der Republik die Möglichkeit der bewußten Teilnahme am politischen Leben zu erschließen, beschloss der Rat der Volkskommissare: die gesamte Bevölkerung der Republik im Alter von acht Jahren, die des Lesens und Schreibens unkundig ist, wird verpflichtet, diese Fähigkeit in der Muttersprache oder in der russischen Sprache zu entwickeln.“<sup>50</sup>

Eine wichtige Rolle in dieser kulturellen Umwälzung hatte die 1923 gegründete gesamtsovjetsche Gesellschaft „Dalui negramotnost“ (Weg mit dem Analphabetentum)“, dessen Präsidenschaft das Staatsoberhaupt der UdSSR *M. I. Kalinin (1875-1946)* übernahm. Die Erfolge der Kampagne seit 1919 waren beachtlich. Vor der Revolution hatte nur ein Drittel der Einwohner Russlands im Alter von 19 bis 40 Jahre Lese- und Schreibkenntnisse. Schon 1920 konnten sieben Mio. Analphabeten Lesen und Schreiben. Diese Zahl erhöhte sich bis 1926 auf 56,6% und erreichte 1939 87,4% (240 Mio.). In der Sowjetunion arbeiteten viermal so viele Pädagogen wie in Zarenrußland. Die Zahl der Grundschüler vergrößerte sich von 1914 bis 1940 von 9,6 Mio. auf 35,5 Millionen. Im gleichen Zeitraum erweiterte sich auch die Zahl der Studierenden von 127 000 auf 812 000. Die soziale Schicht der Intelligenz vergrößerte sich in den zwei Jahrzehnten nach dem Systemwechsel um das 17fache (von 105000 auf 2,4 Mio. Menschen).<sup>51</sup> In den ukrainischen Gebieten (ohne Galizien und Bukowina) waren vor der Revolution 1917 nur ein knappes Drittel Lese- und Schreibkundige; im Zuge der Ukrainisierung 1926 stieg die Sprachbeherrschung auf 63,6% und erreichte 1939 88,2%.<sup>52</sup> Die Politik der Korenisacija beförderte schon nach einem knappen Jahrzehnt entscheidend die Ausformung von mehr als einem Dutzend Nationen auf dem Territorium des ehemaligen Russischen Reiches. Mehr noch. *Diese Politik trug wesentlich zur schrittweisen Überwindung der aus dem Zarenreich ererbten Ungleichheit zwischen den entwickelten Zentren und den zurückgebliebenen Randgebieten bei.* Das betraf vor allem auch die Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Großrussen und Ukrainern. *Doch das gewollte „Aufblühen“ der Nationen ging nicht im gleichem Tempo mit der erhofften gleichberechtigten Annäherung und Integration der Nationen, dem Verschwinden nationaler Konflikte einher,* denn der erstrebten sozialistischen Gesellschaft formierte sich nur sehr langsam. Man konnte Ende der 20 Jahre noch längst nicht von einer in den Grundzügen ausgebildeten

---

übernahm die Präsidenschaft der *Allukrainischen Akademie der Wissenschaften* in Kiew. 1929 wurde er wegen „konterrevolutionär-nationalistischer Tätigkeit“ zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, in der er 1939 verstarb. 1989 rehabilitiert.

<sup>50</sup> Pravda vom 30. 12. 1919.

<sup>51</sup> Vgl. Günter Rosenfeld: *Geschichte der UdSSR*, Berlin 1976, S. 340-342.

<sup>52</sup> Vgl. Gerhard Simon: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, S. 67-70.

sozialistischen Gesellschaftsformation sprechen, auch nicht in den ökonomisch und kulturell am weitesten entwickelten Unionsrepubliken wie RSFSR und Ukraine.

Die sowjetische Führung war sich der Risiken und realen Gefahren der Politik der Korenisacija und der seit 1921 beginnenden Neuen Ökonomischen Politik bewusst - der Gefahr Restauration kapitalistischer Verhältnisse, der Ausuferung in Nationalismus und Separatismus, des Rückfalls zum großrussischen Chauvinismus und zur Russifizierung. Stalin machte auf dem XVI. Parteitag (Juni 1930) darauf aufmerksam: „Ich denke dabei erstens an die Abweichung zum großrussischen Chauvinismus und zweitens an die Abweichung zum lokalen Nationalismus. Diese Abweichungen sind nicht so augenscheinlich und draufgängerisch wie die ‚linke‘ oder die rechte Abweichung. Man könnte sie schleichende Abweichung nennen. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie nicht existieren. Nein, sie existieren, und - was die Hauptsache ist - sie nehmen zu.“ Die *Abweichung zum großrussischen Chauvinismus* zeige sich „in dem Bestreben, die nationalen Unterschiede der Sprache, der Kultur, der Lebensweise unberücksichtigt zu lassen; in dem Bestreben, das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung zu untergraben und die auf Nationalisierung des Apparats, auf Nationalisierung der Presse, der Schulen und der anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen gerichtete Politik der Partei zu diskreditieren. Die Abweichler dieser Art gehen dabei von der Auffassung aus, daß die Nationen sich beim Sieg des Sozialismus in eins verschmelzen und ihre Nationalsprachen in einer einheitlichen Gemeinsprache aufgehen müssen, es *sei die Zeit gekommen, die nationalen Unterschiede zu beseitigen, und auf die Politik zu verzichten*, (Hervorhebung, K.-H.G.) die die Entwicklung der nationalen Kultur der früher geknechteten Völker fördert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Abweichung in der nationalen Frage, die noch dazu mit Maske des Internationalismus und dem Namen Lenins getarnt wird, die raffinierteste und daher die gefährlichste Abart des großrussischen Nationalismus ist.“<sup>53</sup> Das Wesen *Abweichung zum lokalen Nationalismus*, auch eine mögliche Begleiterscheinung der Korenisacija-Politik, hingegen bestehe „in dem Bestreben, sich abzusondern und sich im eigenen nationalen Schneckenhaus abzukapseln, in dem Bestreben, die Klassengegensätze innerhalb der eigenen Nation zu vertuschen, in dem Bestreben, sich vor dem großrussischen Chauvinismus durch die Abkehr vom gemeinsamen Strom des sozialistischen Aufbaus zu schützen.“<sup>54</sup> Einige Jahre später, auf dem XVII. Parteitag im Januar 1934 analysierte Stalin erneut die Korenisacija-Politik. Bezüglich der zweitgrößten Unionsrepublik nach der RSFSR, der Ukraine, habe die politische Führung zwar die großrussische Nationalismus erfolgreich abgewehrt, hier seien aber kürzlich die Abweichungen des lokalen Nationalismus in den Vordergrund gerückt. Er machte den engen Vertrauten Lenins und seinen bisherigen treuen Mitstreiter im Machtkampf *Michailo Skrypnik (1872-1933)*<sup>55</sup> als Rädelsführer aus. Stalin diffamierte diese ukrainische

<sup>53</sup> J. W. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den Parteitag der KPdSU (27.Juni 1930), in Werke, Bd. 12, Berlin 1954, S. 207-326, hier S. 316-317.

<sup>54</sup> Vgl. ebenda, S. 324.

<sup>55</sup> Der Sohn eines ukrainischen Eisenbahnangestellten, externer Studienabschluss am Technologischen Institut St. Petersburg, seit 1897 illegale Arbeit in der SDAPR (Wolga-Gebiet, Ural, Ukraine), 1914-1917 Verbannung im Gouv. Tambowski, seit 1923 Politbüro, seit 1927 Vorsitzender des Nationalitätenrates beim ZEK der UdSSR, arbeitete in der ukrainischen Räteregierung als Volkskommissar für Arbeit und Industrie (1917), Staatskontrolle (1919), Arbeiter- und Bauerkontrolle (1920), Inneres (1921), Justiz (1922-1927) und Volksbildung (1927-1933),

*nationalkommunistische Richtung* als Agentur der ukrainischen Bourgeoisie, die „das Sowjetsystem untergraben und den Kapitalismus wiederherstellen“ wolle.<sup>56</sup>

Generalsekretär Stalin hatte schon seit Mitte der 20 Jahre mit großen Misstrauen die nationalkommunistische Entwicklung in der Ukraine verfolgt, diffamierte sie als bürgerliche, nationalistische Abweichung. Er entließ 1927 den Volkskommissar für Bildung, Oleksandr Schumskij (1890-1946)<sup>57</sup> mit der Begründung, er habe die Ukrainisierung zu weit getrieben und zu einem Kampf gegen die russische Kultur benutzt.<sup>58</sup> 1930 wurden 45 ukrainische Intellektuelle wegen Mitgliedschaft eines angeblich terroristischen und separatistischen „Bundes der Befreiung der Ukraine“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. In einem weiteren Prozess gegen ein „Ukrainisches Nationales Zentrum“ wurde 1931 einer der führenden ukrainischen marxistischen Historiker *Matwej Jaworskij* (1885-1937)<sup>59</sup> zu sechs Jahren Haft abgeurteilt.<sup>60</sup> Hruschewskij, der Leiter der Historischen Sektion und der Kommissionen für Geografie, Kulturgeschichte und Folklore an der *Allukrainischen Akademie der Wissenschaften* verlor 1931 seinen Posten. Shumskiys Nachfolger, Skrypnik, setzte die von der sowjetischen Führung beschlossene Korenisacija-Politik im Bildungsbereich dennoch entschieden fort. Er, wie auch der Ökonom Michail Volubujev und der Schriftsteller *Mykola Chwylow* (1893-1935) waren Verfechter eines eigenständigen ukrainischen Weges zum Sozialismus („Nationalkommunismus“) ganz im Sinne des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Erst als Skrypnik 1933 wegen „nationaler Abweichung“ seinen Posten als Bildungskommissar verlor, inszenierte Stalin einen Prozess gegen diese Gruppe führender ukrainischer Kommunisten. Volubujew wurde nach Zentralasien verbannt, Skrypnik und Chwylow nahmen sich das Leben. Der von Stalin in die Ukraine entsandte *Pawel P. Postyschew* (1887-1938)<sup>61</sup> begann eine größere „Säuberungsaktion“ gegen einen Teil

---

seit Februar 1933 Vorsitzender des Staatsplans. Der ukrainische Parteiführer Pavel P. Postyschew, ein enger Vertrauter Stalins, beschuldigte ihn nationalistischer Abweichungen. Darauf nahm er sich am 7. Juli 1933 das Leben.

<sup>56</sup> J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an dem den VIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B) 26. Januar 1934, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S. 252-336, hier S. 320.

<sup>57</sup> Schumskij trat 1909 als Arbeiter der Partei der ukrainischen Sozialrevolutionäre bei, legte als Externer das Abitur ab und wurde als ZK-Mitglied seiner Partei in die Ukrainische Rada gewählt, 1918 gehörte er zum linken Flügel der Ukrainischen KP (Borotbisten), 1921-1923 Botschafter in Warschau, 1924-1927 Volkskommissar für Bildung und Kultur der Ukraine, Rektor der Universität (1927-1929) und des Polytechnikum (1930) in Leningrad, 1933 wegen angeblicher Zugehörigkeit zu antisowjetischen Organisationen und nationalistischer Abweichung zu zehn Jahren Verbannung in Krasnojarsk verurteilt, 1934, entlassen, 1946 vom KGB ermordet., 1958 rehabilitiert.

<sup>58</sup> Vgl. Ju. I. Schabowal: Aleksandr Schumskij – sudba narkoma v imperii „pozitivnogo dejstvija“, in: *Sovetskie nacii i nacional'naja politika v 1920-1950-e gody*, S. 54-64.

<sup>59</sup> Sohn eines westukrainischen Bauern, schloss 1910 an der Universität Lwow als promovierter Politikwissenschaftler ab, beteiligte sich seit 1902 an der nationalen westukrainischen Befreiungsbewegung, trat 1920 der KP der Ukraine bei, leitete seit 1926 die Hauptabteilung Wissenschaft im Volkskommissariat für Bildung, 1929 Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukraine und Belorusslands, 1931 wegen angeblicher nationalistischer Abweichung verhaftet, zu sechs Jahren Lagerhaft verurteilt und 1939 erschossen. 1989 rehabilitiert.

<sup>60</sup> Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 97-100.

<sup>61</sup> Als Sohn eines Webers im Gouvernement Iwanowo-Wossnesensk geboren, 1907 Mitglied der SDAPR, 1908-1914 sibirische Verbannung, im Bürgerkrieg im Fernen Osten in hohen militärischen und politischen Funktionen tätig, 1924 Parteisekretär des Kiewer Gebietes, 1926-1930 Sekretär des ZK der KP der Ukraine, 1930-1934

der ukrainischen Elite. Betroffen waren vor allem führende Kommunisten in der Landwirtschaft und im Bereich von Kultur und Bildung. Insgesamt wurden 20 Prozent der ukrainischen Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen.<sup>62</sup> Der ukrainischen Sicherheitsdienstes (OGPU) unter dem neuen Chef W. A. Balizki (1892—1937) verhaftete 1932 37 797 ukrainische Staatsbürger, von denen 929 erschossen wurden, 8 003 kamen in Lager und 2 533 in die Verbannung. In diesem Jahr wurden in der gesamten UdSSR 2 728 Menschen zum Tode verurteilt.<sup>63</sup> Stalins Repressionspolitik richtete sich nicht nur gegen ukrainische Kommunisten, sondern vor allem gegen mittlere und größere ukrainische Bauern, die sich seit 1927 weigerten, die vom Staat geforderte und festgelegte Ablieferungspflicht von landwirtschaftliche Produkte (Naturalsteuer) nachzukommen oder nicht bereit waren, sich zu Kollektivwirtschaften zusammenzuschließen. So wurden bereits 1930/1931 63 000 ukrainische Bauernfamilien (277 465 Personen) in andere Unionsrepubliken zwangsweise ausgesiedelt. 1935 lebten bereits 973 693 ukrainische Bürger in diesen Sondersiedlungen von denen allerdings bis 1937 über 600 000 ihre Verbannungsort wieder verlassen hatten.<sup>64</sup> In den Jahren 1937/1938 organisierte die sowjetische Führung unter Stalin eine neue Repressionswelle („Großer Terror“): Von den 1 344 923 inhaftierten Menschen aus allen Bevölkerungsschichten der Sowjetunion wurden 686 000 zum Tode verurteilt, die andere Hälfte zu Lager und Gefängnishaft. Der größte Teil der Opfer waren Russen (46,3%), Ukrainer (13,3%), Polen (7,4%), Deutsche (5,3%), Belorussen (4,1%) Juden (2,1%), aber auch Koreaner, Letten, Mongolen, Iraner, Griechen, Finnen, Rumänien u.a.<sup>65</sup> Die sowjetische Führung störte und deformierte die vor allem in den 30er Jahren vorangebrachte ukrainische Nationsbildung, brach sei aber nicht gänzlich ab.

### **Warum kam es zu dieser sozialen und nationalen Katastrophe?**

Vor allem nach Lenins Tod 1924 brachen in der sowjetischen Partei- und Staatsführung neue Richtungskämpfen in der politischen, sozialökonomischen und nationalen Gestaltung der UdSSR aus. Sie betrafen vorrangig die Fragen. :

- die Möglichkeit, den Sozialismus weltweit aufzubauen (Weltrevolution) oder nur in einem Land, also der UdSSR;
- vorrangige Industrialisierung als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus oder die bevorzugte Entwicklung der Landwirtschaft, wo die Mehrheit der Bevölkerung tätig war;

---

Sekretär des ZK der KPdSU (B), 2. Sekretär der KPU(B). Er gehört zu den Hauptverantwortlichen der beginnenden Parteisäuberung (Verhaftung aller Gebietssekretäre und der meisten Kreissekretäre und die Verfolgung der ukrainischen Intellektuellen). 1937 wurde er in den Obersten Sowjet gewählt und aus der Ukraine abgezogen, 1938 aus dem Politbüro entfernt und verhaftet 1939 zum Tode verurteilt. 1956 erfolgte seine Rehabilitierung.

<sup>62</sup> Vgl. Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, S.195-197 und S. 203-205.

<sup>63</sup> Vgl. V. Ju. Vasil'jev: *Nacional'nye mpmenty v politike rukovodstva SSSR v Ukraine (1932-1933gg.)*, in: *Sovetskie nacii i nacional'naja politika v 1920-1950-e gody. Materialy VI. Meždunarodnoj naučnoj konferencii Kiev, 10-12 oktjabrja 2013, Moskva 2014*. S. 175-186, hier S.182, 183 und 186.

<sup>64</sup> Vgl. N.F. Bugaj: *Narody Ukrainy v „Osoboj papke Stalina“*, Moskva 2007, S. 54-57.

<sup>65</sup> Vgl. Karl-Heinz Gräfe: *Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Chancen und Mankos*, Berlin 2016, S. 27-30, S. 32-33..

- reformerisch-evolutionäres „Hinüberwachsen“ mit der NÖP entstandenen kapitalistischen und kleinbürgerlichen Warenproduktion in sozialistische Produktionsverhältnisse, sozialistische Genossenschaften oder „klassenkämpferische“ Beseitigung, Enteignung oder , Zwangskollektivierung.

In den innerhalb der politischen Partei- und Staatsführung ausgetragenen Macht- und Richtungskämpfen<sup>66</sup> setzte sich zwischen 1922 und 1939 *Generalsekretär Stalin und seine wechselnde Mehrheitsfraktion durch: Georgi Sinowjew<sup>67</sup>, Lew Kamenew<sup>68</sup> (Troika 1924-1926), Nikolai Bucharin (1888-1938)<sup>69</sup> und Aleksej Rykow (1881-1938)<sup>70</sup>. Sie richtete sich zunächst seit 1922 gegen den „Linksblock“ um Lew Trotzki,<sup>71</sup> und nach dessen Ausschaltung 1927 gegen die „Vereinte Linksoption“ (Trotzki, Sinowjew, Kamenew, der sich die*

---

<sup>66</sup> Zu den Machtgruppierungen und Richtungskämpfen vgl. vor allem Alfred Kosing: Aufstieg und Untergang des realen Sozialismus. Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, Berlin 2017, S. 121-307; Oleg Chlewnjuk: Stalin. Eine Biographie München 2015, S. 116-157, S. 171- 232; Wladislaw Hedeler: Bucharin. Stalins tragischer Opponent. Eine politische Biographie, Berlin 2015; Leo Trotzki: Schriften 3. Linke Opposition und IV. Internationale, Bd. 3. 1, (1923-1926), und Bd. 3. 2. (1927-1928), Hamburg 1997.

<sup>67</sup> Georgij Jewsejewitsch Sinowjew (Radomylskij), Sohn eines Unternehmers, seit 1901 in der SDAPR, seit 1903 engster Mitstreiter Lenins, 1924-1926 im engsten Führungskreis Stalins (Troika), Vorsitzender des Sowjets von Petrograd bzw. Leningrad, 1919-1926, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern, 1926 aus dem Politbüro und 1927 aus der Partei ausgeschlossen, 1932/1933 nach Kustanai verbannt, 1934 erneut verhaftet und 1936 erschossen, 1988 rehabilitiert.

<sup>68</sup> Lew Borosowitsch Kamenew (Rosenfeld), Sohn eines Ingenieurs, seit 1901 in der SDAPR, 1917 Vorsitzender des ZEK der Sowjetbewegung Russlands, 1923-1927 im engsten Führungskreis Stalins (Troika), 1918-1926 Vorsitzender des Moskauer Sowjet, 1922-1923 Stellvertretender Regierungschef und 1924-1926 Regierungschef der UdSSR und Mitglied des ZEK der Komintern, 1926 Volkskommissar für Binnen- und Außenhandel, 1926-1927 Botschafter in Italien, 1919-1927 Mitglied des Politbüro, 1927 leitet er die Führer der Vereinten Opposition, 1927 aus der Partei ausgeschlossen und nach Kaluga verbannt, kehrte nach seiner Reueerklärung 1928 nach Moskau zurück, 1932-1934 Direktor des Akademie Verlages und des Institutes für Weltliteratur, 1934 erneut verhaftet, 1935 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1936 zum Tode verurteilt und erschossen, 1988 vom Obersten Sowjet der UdSSR rehabilitiert.

<sup>69</sup> Nikolai Iwanowitsch Bucharin, in einer Moskauer Lehrerfamilie geboren, seit 1906 Mitglied der bolschewistischen Partei, in der Emigration (1911-1917), enger Berater Lenins. Seit 1917 ZK-Mitglied, 1918-1929 Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda*, 1923-1924 im Org.-Büro Stalins, 1924-1930 Mitglied des Politbüros, unterstützte Stalin im Kampf gegen Trotzki, danach gegen Kamenew und Sinowjew, seit 1929 Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 1934-1937 Chefredakteur der Regierungszeitung *Izwestija*, 1937 verhaftet und 1938 hingerichtet, 1988 rehabilitiert und posthum in die KPdSU aufgenommen.

<sup>70</sup> Aleksej Iwanowitsch Rykow ( Sohn eines Händlers, seit 1899 Mitglied der SDAPR, in der illegalen Tätigkeit, neunmal verhaftet und entflohen, 1914-1917 Verbannung in der Region Narymsk, 1917 Innenminister des Rates der Volkskommissare der RSFSR 1918-1921, Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates der RSFSR, 1924-19, 1905-1907-1912, 1917-1918, 1920-1934, 1922-1930 Mitglied des Politbüros, 1924-1930 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR, 1931-1936 Volkskommissar für Post und Telegraphie, 1937 aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet, 1938 hingerichtet, 1988 rehabilitiert.

<sup>71</sup> Lev Dawidowitsch Trotzki (Bronschtein), Sohn eines Landpächters, seit 1900 in der SDAPR, 1905 und 1917 Vorsitzender des Sowjet der Arbeiter und Soldatendeputierten in Petrograd, seit 1917 im ZK und Politbüro der bolschewistischen Partei, Hauptorganisator der Oktoberrevolution 1917, 1917-1918 Außenminister der Sowjetregierung, 1918 Gründer der Roten Armee, 1918-1925 Volkskommissar für Armee und Flotte und Vorsitzender des Obersten Militärrates Sowjetrusslands bzw. der UdSSR, 1927 aus der Parteiführung und der KPdSU ausgeschlossen, 1928 nach Alma-Ata verbannt, 1929 des Landes verwiesen, 1938 Gründer der IV. Internationale, 1940 durch Stalins Geheimdienst im mexikanischen Exil ermordet.

„*Rechtsabweichler*“ Rykow, Bucharin und Michail N. Tomski (1880-1936)<sup>72</sup>, anschlossen sowie gegen die „bürgerlichen Nationalisten“ bzw. „nationalen Abweichler.“ Die unter Lenin entwickelte und eingeleitete Politik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (NÖP) wurde von der Führungsgruppe um Stalin praktisch nur unzureichend und mit Abweichungen fortgeführt.

Das eigentliche Ziel der NÖP war, *durch eine Konzentration auf die Industrialisierung in diesem Bauernland überhaupt erst Grundlagen für die materiell-technische Basis des Sozialismus aufzubauen*. Trotzki, der bedeutsamste Führer neben Lenin, begründete auf dem 12. Parteitag (1923) der *Russländischen Kommunistischen Partei (B)* die *Industrialisierung als vorrangige Aufgabe bei gleichzeitiger Sicherung des Bündnisses von Industrie -und Landarbeitern mit der armen und mittleren Bauernschaft*.<sup>73</sup> Stalin gab auf diesem Parteitag mit seinem Referat die Grundorientierung zur nationalen Frage. Der Internationalist Trotzki hatte kurz zuvor auf der Parteikonferenz der KP der Ukraine(B) die Industrialisierung als strategische Aufgabe dargelegt und zugleich auch die vor allem nach der Gründung auch für die Ukraine bedeutsamen Fragen der Entwicklung der Bauernschaft und der ukrainischen Nation erörtert.<sup>74</sup> Als Vertreter der Moskauer Zentrale erklärte Trotzki die engen Zusammenhänge von Industrialisierung, Bündnis mit der Bauernschaft und der nationalen Frage: „In der Nationalitätenfrage ...wird es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten geben.“ Vor allem der ukrainische Bauer, der früher unterdrückt wurde, sei hilflos, „wenn er über sich einen Staatsapparat sieht, und sei es den eines Arbeiter- und Bauernstaates, der ihm gegenüber, seinen nationalen Besonderheiten, seiner Sprache und seiner Rückständigkeit gleichgültig ist, dann fühlt er sich doppelt hilflos. Eine sprachliche Entfremdung des herrschenden Partei- und Staatsapparates von der Hauptmasse der Bevölkerung ist lebensgefährlich. Gegenüber einer ‚politischen, Smytschka (Bündnis, Zusammenschluss), wie es die nationale, die Umgangssprache der Menschen ist, dürfen wir uns nicht leichtfertig verhalten. Diese Frage ist wichtig für unsere gesamte Nation, und für die Ukraine ist sie noch zehnmal wichtiger.“ In der Ukraine bestehe „die Partei mehrheitlich aus städtischen Arbeitern und aus Stadtbewohnern (der Anteil der Bauern ist unbedeutend), der städtische Arbeiter (ist) zumeist kein Ukrainer“. Das sei ein „ernsthaftes Problem, das wir erkennen und an dessen Lösung wir arbeiten müssen. Es bedarf nicht nur der wirtschaftlichen Smytschka, nicht nur der allgemeinen politisch Smytschka zwischen Proletariat und Bauernschaft, sondern wir müssen uns auch intensive Gedanken machen über die nationale Smytschka in Sprache, Schule, Kultur. Denn, Genossen, die aus dem einen und anderem Grund entstandene Unzufriedenheit der Bauernschaft - und diese Unzufriedenheit wird hundertmal gefährlicher, wenn sie die Farbe einer nationalen Ideologie annimmt. Die

<sup>72</sup> Michail Pawlowitsch Tomski, Sohn eines Schlossers, Arbeiter, seit 1904 Mitglied der SDAPR, seit 1919 ZK-Mitglied, 1920-1921 Generalsekretär des Rates des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Meshsowprof), 1922-1929 Vorsitzender der sowjetischen Gewerkschaften, 1928-1929 gemeinsam mit Bucharin und Rykow gegen die außerordentlichen Zwangsmaßnahmen in der Landwirtschaft Stalins, 1919-1934 ZK-Mitglied, 1922-1931 - Mitglied des Politbüro, wegen Anschuldigung „rechter Abweichungen nahm er sich 1936 das Leben, 1988 rehabilitiert.

<sup>73</sup> Leo Trotzki: Schriften 3: Linke Opposition und IV. Internationale, Bd.3.1.(1923-1926), Hamburg 1997, S..82-148 (Rede auf dem 12. Parteitag über die Industrie 20.4.1923).

<sup>74</sup> Vgl. Leo Trotzki: Schriften 3: Linke Opposition und IV. Internationale, Bd.3.1.(1923-1926), Die Aufgaben des 12.Parteitages der KPR (Referat vor der ukrainischen Parteikonferenz 3.4.1923), S. 23-81.

nationale Psychologie hat eine Sprengkraft, die in manchen Fällen revolutionär ist, in anderen Fällen konterrevolutionär wirkt, in beiden Fällen aber hochexplosiv ist. Bei unserem Aufbau ist das nationale Element eine potentielle Kraft, die in die eine oder andere Richtung ausschlagen kann. Verstehen wir es nicht, zum Bauern hinzugehen, seine Psychologie, seine Sprache zu studieren, dann können wir ihn in eine zweite Petljura-Bewegung<sup>75</sup> hineinstoßen. Wenn wir das nicht tun, wird der Bauer jede Art von Unzufriedenheit mit dem nationalen Koeffizienten multiplizieren, und das wird die Gefahr einer Liquidierung des Sowjetregimes in sich bergen. Wir müssen begreifen, dass wir die nationale Frage ebenso wenig wie irgendeine wirtschaftliche oder kulturelle Frage schon gelöst haben. Wir haben nur die revolutionären Voraussetzungen für die Lösung der nationalen Frage geschaffen. Wir haben die zaristische Katorga der Völker, das Nationalitäten-Gefängnis, zerstört. *Aber es genügt nicht, die nationale Gleichberechtigung zu proklamieren, man muß dem Unterdrückten auch in der Praxis zeigen, und er ist ja noch sehr mißtrauisch, daß wir mit ihm und für ihn sind, daß wir seinen nationalen Interessen nicht mit allgemeinen Phrasen, sondern durch die Tat, durch unsere Arbeit dienen.* (Hervorhebung, K.-H.G.)<sup>76</sup>

Generalsekretär Stalin, der faktisch Partei- und Staatsmacht weitgehend in seinen Händen konzentriert hatte, diffamierte die von Trotzki vorgeschlagene und auf dem XII. Parteitag (1923) beschlossene vorrangige Industrialisierung als „linke Abweichung“, als Abkehr von Lenins NÖP. Er forcierte vielmehr im Bunde mit Sinowjew und Kamenew (Troika), unterstützt von Bucharin und Rykow, den Ausbau der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Landwirtschaft, Handel, Industrie. Dadurch geriet das Land in eine ökonomische und politische Krise. *Stalin versuchte erst 1927 durch einen abrupten Kurswechsel der Sache Herr zu werden und setzte mit dem XIV. Parteitag nunmehr überhastet eine forcierte Industrialisierung durch.* Die war zugleich verbunden mit einem generellen Abbruch der NÖP, d. h. einer gewaltsamen Eintreibung vor allem der landwirtschaftlichen Produkte (Naturalsteuer), der Deportation mittlerer und größerer Bauernfamilien (sog. Kulaken) in Sondersiedlungen<sup>77</sup> sowie der Kollektivierung der Landwirtschaft mit staatlich-militärischer Gewalt. *Diese politische Richtungsentscheidung hatte katastrophale wirtschaftliche, politische, soziale, nationale Folgen, führte in einigen Landesteilen der Sowjetunion zu Unruhen, Aufständen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen und endete 1932/1933 in einer Hungersnot in der etwa 5 Mio. Menschen umkamen - in der Ukraine (3 Mio.) in Kasachstan (1 Mio.) und der RSFSR (Nordkaukasus, Wolga-Gebiet, Südrural - 500 000).*<sup>78</sup> Gegen diese Politik widersetzten sich Teile der Bauernschaft. Schon 1927 registrierte die Moskauer Führung 700 terroristische Anschläge, wodurch 1 500 Kommunisten ermordet wurden. Diese regierungsfeindlichen Aktionen vor allem in den ländlichen Regionen verdoppelten sich 1928 (1 440). In den 1 300 lokalen Unruhen (244 000 Teilnehmer) verloren über Zehntausend kommunistische und parteilose bäuerliche Aktivisten ihr Leben. Im Jahre

<sup>75</sup> Symon Petljura (1897-1926), Mitbegründer der Revolutionären Ukrainischen Partei (1900), die sich 1905 dem Sozialdemokratischen Bund anschloss. Er gründete Streitkräfte der Ukrainischen Volksrepublik (1917-1919), Er floh 1919 nach Polen und schloss mit dem polnischen Diktator Pilsudski einen Pakt gegen Sowjetrußland. 1924 emigrierte er nach Frankreich.

<sup>76</sup> Leo Trotzki: Schriften 3 : Linke Opposition und IV. Internationale, Bd.3.1.(1923-1926),Bd.3.1, S. .65-68.

<sup>77</sup> Vgl. Lin Viola: Krest'janskij gulag. Mir stalinskich specposilenij, Moskva 2010.

<sup>78</sup> Vgl. Viktor Kondrašin: Golod 1932-1933 goda:Tragedija rossijskoj derevni, Moskva 2008.

1930 nahmen in der UdSSR insgesamt 3,4 Mio. Bauern an 6 600 Aufständen und Unruhen gegen die Staatsmacht teil, die Hälfte davon in der Unionsrepublik Ukraine.<sup>79</sup>

Stalin analysierte im August 1932 mit seinen damals zuverlässigsten Mitstreitern Lasar M. Kaganowitsch (1893-1991)<sup>80</sup> und Wjatscheslaw M. Molotow/Skrabin (1890-1986)<sup>81</sup> die soziale und nationale Krise in der zweitgrößten Unionsrepublik. *Er erkannte, dass die Gefahr besteht die Ukraine zu verlieren*, da die sozialen Unruhen eng verbunden seien mit der vom benachbarten Polen unterstützten nationalistischen Petljura-Bewegung. Die derzeitige ukrainische Partei-, Staats- und Sicherheitsführung - so Stalin - sei weder willens noch fähig, das zu verhindern. Es käme jetzt darauf an, diese auszuwechseln. Durch außerordentliche Maßnahmen unter der Moskauer Führung müsse die Krise umgehend überwunden werden. Ziel sei, „die Ukraine in kürzester Zeit zu einer wirklichen Festung der UdSSR zu machen, zu einer vorbildlichen Unionsrepublik. Geld darf man nicht scheuen. Mit diesen und ähnlichen Maßnahmen (wirtschaftliche und politische Stärkung der Ukraine, in erster Linie ihrer Grenzgebiete usw.). Ich bekräftige nochmals - wir können die Ukraine verlieren.“<sup>82</sup> Stalin entschied die Koreniscia-Politik unverzüglich zu beenden, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in den ukrainischen Siedlungsgebieten im Nordkaukasus, Fernen Osten, Kasachstan, und in Mittelasien. Er entsandte eine ihm direkt unterstellte operative Gruppe hochrangiger Funktionäre in die Unionsrepublik, die die Massenrepressalien (Verhaftungen, Hinrichtungen, Verbannung in Sondersiedlungen, Zwangskollektivierung) gegen große Teil der ukrainischen Bauernschaft und Intelligenz federführend organisierten.<sup>83</sup>

In dieser Krise der sowjetischen Gesellschaft an der Wende zu den dreißiger Jahren konnte der Nationsbildungsprozess (Koreniscia) nicht rückgängig gemacht werden, er wurde aber abgebremst und weitgehend eingestellt. Die Art und Weise der Krisenbewältigung an der Wende zu den dreißiger Jahren beeinträchtigte das weitere Zusammenleben der beiden großen Nationen, der Russen und Ukrainer, das in einem gemeinsamen Staat langfristig erheblich beschädigt worden war.

[Klaus Popa \(Hg.\), Berichte der Pfarrer der evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien aus Transnistrien und aus dem „Generalgouvernement“ 1942 – 1944, 4. Folge \(Schluss\)](#)

<sup>79</sup> Vgl. Chlewnjuk: Stalin, S. 191-193; N.F. Bugaj: Narody Ukrainy, S.193-194.

<sup>80</sup> Lazar Moisejevič Kaganovič, Sohn eines jüdischen Viehhändlers, seit 1919 Mitglied der bolschewistischen Partei, 1922-1925 enger Mitarbeiter von Generalsekretär Stalin, 1925-1929 1. Sekretär der KPdSU(B) der Ukraine, 1930-1935 Erster Sekretär der Moskauer Parteiorganisation, 1935-1937 Verkehrsminister, 1938-1947 Stellvertretender Regierungschef, 1953-1957 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, seit 1959 im Ruhestand, 1961 aus der KPdSU ausgeschlossen.

<sup>81</sup> Vjačeslav Michailovič Molotov (Skrjabin), seit 1906 Mitglied der bolschewistischen Partei, 1921-1930 ZK-Sekretär, 1930-1941 Regierungschef, 1939-1949 und 1953-1956 Außenminister, 1961 aus der KPdSU ausgeschlossen, 1984 wieder Parteimitglied.

<sup>82</sup> Zitiert und aus dem Russischen Übersetzt nach: Stalin i Kaganowitsch. Peregiska 1931-1936, Moskva 2001, S. 273-274, hier S. 374.

<sup>83</sup> Vgl. V. Ju.: Vasil'jev: Nacional'nye mpmenty v politike rukovodstva SSSR v Ukraine (1932-1933gg.), in: Sovetskie nacii i nacional'naja politika v 1920-1950-e gody, 175-1986.